

HUSSEIN JINAH **ALS WELTBÜRGER ZU** **HAUSE IN SACHSEN**

MIT SEBASTIAN CHRIST



mikrotext

war nicht gleich links und Rechtssein war nicht gleich rechts. Die Übergänge schienen zu dieser Zeit fließend zu sein, was auch ein Ergebnis der gemeinsamen DDR-Sozialisation war.

Im Einparteienstaat der DDR gab es zu jedem Thema nur eine offizielle Meinung. Dementsprechend existierten auch keine verschiedenen Ideologien. Die neuen Weltbilder, die sich nach 1990 formierten, blieben lückenhaft. Was sich direkt nach der Wende als „linke Szene“ und „rechte Szene“ entwickelte, war das Ergebnis einer kulturellen Aufspaltung. Es ging eher um Lebensweisen als um politische Erkenntnisse. Politische Standpunkte aus der Zeit der DDR überdauerten jedoch unter der Oberfläche dieser Jugendkulturen.

Die DDR war ein sehr homogener Staat ohne nennenswerte Zuwanderung. Dies wurde durch eine Politik der Abschottung gefördert. Vielen Menschen erschien das auch nach der Wende als ein erstrebenswerter Zustand. Im Jahr 1989 gab es gerade einmal 192.000 Ausländer in der DDR. Sie machten bei 16,7 Millionen Einwohnern nur etwas mehr als ein Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Die größte Migrantengemeinschaft stellten die Vietnamesen, 60.000 von ihnen lebten in der Deutschen Demokratischen Republik, 55.000 von ihnen waren als Vertragsarbeiter gekommen. Allein in den Jahren 1987 und 1988 wurden laut einer Studie der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit 51.000 vietnamesische Vertragsarbeiter von der DDR angeworben. Als die Mauer fiel, begann für diese Migranten eine Zeit voller Ungewissheit. Ihr Aufenthaltsstatus war unklar, denn sie hatten einen Arbeitsvertrag mit einem Land abgeschlossen, das schon bald nicht mehr existierte. Einige beantragten im Westen Asyl. Anderen wurde eine Prämie in Höhe von 3.000 Mark gezahlt, damit sie nach Vietnam zurückgehen. Und wieder andere lebten jahrelang mit der Sorge vor der Abschiebung, obwohl sie sich im wiedervereinigten Deutschland eine neue Existenz aufbauen wollten. So wie viele vietnamesische Opfer der fremdenfeindlichen Gewaltexzesse von Rostock-Lichtenhagen im Jahr 1992 etwa: Sie hofften darauf, dass sie nach allem, was sie durchmachen mussten, einen Aufenthaltstitel bekämen. In den meisten Fällen vergeblich.

Angefeindet wurden Vietnamesen im Osten Deutschlands häufig, nicht nur von solchen Menschen, die sich selbst als „Nationalisten“ identifiziert haben. Das Schmähwort „Fidschi“ für asiatisch aussehende Menschen wurde lange Zeit in vielen Teilen Ostdeutschlands umgangssprachlich verwendet.

Deshalb ist für mich die Arbeit mit den Jugendlichen so wichtig. Sie bekommen Stereotype über ihre Eltern vermittelt, sind aber oft auch neugierig auf das Andere, die Welt. Bei den Linken habe ich, trotz allem, das Gefühl gehabt, dass meine Arbeit auf große Akzeptanz gestoßen ist. Doch auch bei den rechten Jugendlichen haben wir einiges erreichen können. Im Laufe der 1990er Jahre ging die Gewalt gegen Ausländer in Dresden langsam zurück.

Fairerweise muss man sagen, dass es auch politische Ursachen für diese Entwicklung gab. Der höchst umstrittene „Asylkompromiss“, der 1993 in Bundestag und Bundesrat

verabschiedet wurde, gehörte auch dazu. Damals beschlossen Union und SPD gemeinsam eine Änderung des Grundgesetzes: Asylberechtigt waren fortan nur noch Menschen, die nicht aus sicheren Drittstaaten nach Deutschland kamen. Natürlich kann man das mit guten Argumenten kritisieren, aber der Beschluss nahm der überhitzten Debatte um Asylmigration in Deutschland tatsächlich die Schärfe. Das war auch ganz praktisch in Dresden zu spüren. Die rechten Kräfte verloren ihre Fähigkeit, die Menschen auf der Straße für ihre Sache zu gewinnen.

Die Welt änderte sich im Jahr 2001. Und das war für mich als Moslem, der mittlerweile auch deutscher Staatsbürger geworden war, nicht einfach nur eine Floskel.

Am 11. September verübten radikale Islamisten in New York, Washington und Pennsylvania verheerende Terroranschläge, bei denen etwa 3.000 Menschen starben. Es war ein terroristischer Massenmord, der die Art und Weise veränderte, wie im Westen über den Islam und Migration gedacht wurde. Wir waren bis dahin auf dem besten Weg, diese Gesellschaft zu harmonisieren. Vielleicht hätte es sogar ein Einwanderungsgesetz gegeben. Daran war nun nicht mehr zu denken. Wir redeten nun vielmehr darüber, was einen „harmlosen“ Moslem von einem „verdächtigen“ Moslem an den Flughäfen dieser Welt unterscheidet.

Zudem folgte auf die Anschläge eine schwere Wirtschaftskrise, in deren Folge die Arbeitslosenzahlen nochmals in die Höhe schnellten. Im Jahr 2003 waren 4,4 Millionen Deutsche ohne Job. In Sachsen betrug die Arbeitslosenquote damals 17,9 Prozent.

Die Anfänge des Populismus in Ostdeutschland liegen in dieser Zeit.

Bereits 1998 hatte die DVU bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt 12,9 Prozent bekommen. Es war das höchste Ergebnis, das bis dahin jemals eine rechtsradikale Partei bei einer Landtagswahl in Deutschland erzielt hatte. Doch vier Jahre später trat die DVU nicht wieder zur Wahl an. Die Fraktion hatte sich heillos zerstritten. Der erschreckende Wahlerfolg von 1998 war zum Glück nicht nachhaltig.

Das änderte sich, als die NPD 2004 mit 9,2 Prozent der Stimmen in den Sächsischen Landtag einzog. Als ich die Hochrechnungen gesehen habe, war das in meinen Augen eine Niederlage für die Demokratie. Aber auch für mich selbst war das schmerzhaft. Zehn Jahre lang hatte ich mit viel Engagement und harter Arbeit versucht, das rechte Gedankengut in Sachsen durch menschliche Begegnungen einzudämmen. Ich weiß noch, wie der sächsische NPD-Chef Holger Apfel am Wahlabend im ZDF verkündete, dass dies ein „großartiger Tag für alle Deutschen“ sei, „die noch deutsch sein wollen“. Die Vertreter der anderen Parteien verließen daraufhin sofort das Studio.

Gezielt versuchte die NPD, von nun an zu provozieren. Zwei Tage später, bei der Vorstellung der neuen Landtagsfraktion – die übrigens in einer heruntergekommenen Kneipe im damals bundesweit noch völlig unbekanntem Städtchen Freital stattfand – raunte Apfel davon, dass es ab sofort keinen Platz mehr für „kriminelle Ausländer“ in Sachsen gäbe.

Im Januar 2005 machte der NPD-Politiker Jürgen Gansel im Sächsischen Landtag den Begriff vom „Bomben-Holocaust“ deutschlandweit bekannt. Er meinte damit die Bombardierung Dresdens kurz vor Kriegsende 1945. Damals war allein die Erwähnung dieses Wortes ein großer Skandal.

Als die NPD dann am 13. Februar 2005 mehrere Tausend Menschen in Dresden auf die Straße brachte, angeblich um der Zerstörung der Stadt zu gedenken, stand ich an der

Sankt Petersburger Straße. Allein und dann noch äußerlich als Migrant erkennbar. Den Dresdnern war an diesem Tag gesagt worden, dass sie nicht auf die Straße gehen sollten. Die meisten hielten sich auch daran. Aber ich wollte sehen, was vor sich geht. Und natürlich wollte ich auch Gesicht zeigen.

Ein Polizist sagte zu mir: „Gehen Sie bitte zur Seite, das kann hier sehr gefährlich für Sie werden. Da können einige aus der Gruppe ausbrechen und Sie angreifen.“ Ich entschied mich, fortan neben dem Polizisten stehen zu bleiben, so hatte ich einen gewissen Schutz. Über Funk sagte der Beamte seinen Kollegen Bescheid: „Der schwarze Mann will nicht weggehen. Der bleibt hier stur stehen.“ Ich muss heute noch darüber lachen.

Ein weiteres Ereignis sorgte einige Jahre später in Dresden für heftige Kontroversen. Und in vielerlei Hinsicht ähnelten die Debatten damals jenen, die heute geführt werden.

Im Frühjahr 2009 ermordete ein pakistanischer Asylbewerber in seinem Heimzimmer eine 19-jährige Schülerin. Beide waren bis dahin zwei Jahre lang ein Paar gewesen. Der Pakistaner wollte nicht akzeptieren, dass seine Partnerin nach dem Abitur einen Auslandsaufenthalt in Australien verbringen wollte. Erst schlug er sie mit einem Nudelholz bewusstlos, dann erwürgte er sie.

Ich war Dolmetscher in dem Mordprozess im Landgericht. Der Angeklagte sprach Urdu, was dem Hindi sehr ähnlich ist – sowohl Urdu als auch Hindi haben gemeinsame linguistische Wurzeln.

In diesem Prozess waren ständig NPD-Stadtratsmitglieder anwesend, damit sie das Gesehene sogleich in neue Hetzparolen umsetzen konnten. Aus meiner Sicht war es eine so genannte „Beziehungstat“, die auch unter Partnern deutscher Herkunft passiert. Gewalt gegen Frauen ist ein Problem, das die gesamte Gesellschaft betrifft. Die Rechtsextremen jedoch strickten daraus ihre eigene Geschichte: Für sie war es „unser Mädchen“, das durch die Hände eines Ausländers starb. Als ob diese Menschen einen Besitzanspruch auf „ihre“ deutschen Frauen hätten. Sex-Neid ist in rechten Kreisen ein genauso zeitloses wie wirksames Mittel, um andere Menschen gegen Fremde aufzubringen.

Im August 2009 schaffte die NPD knapp den Wiedereinzug in den Sächsischen Landtag. Nie zuvor war es einer rechtsextremen Partei in Deutschland gelungen, in zwei aufeinanderfolgenden Legislaturperioden eine Fraktion in einem deutschen Landtag zu stellen. In Sachsen hatte die NPD also Wurzeln geschlagen. Hier hatte sie eine kleine, aber nicht unbedeutende Stammwählerschaft gefunden.

Am 3. Oktober 2010, wenige Monate nach dem Urteil im Mordprozess, lud das sächsische Parlament zu einem Tag der offenen Tür. Ich ging gemeinsam mit einem befreundeten Pakistaner zum Stand der NPD. Dort warteten zwei Männer auf Besucher: Einer von ihnen trug einen Scheitel und einen kleinen Oberlippenbart. Er sah aus wie ein junger Adolf Hitler.

Er fragte seinen Nachbarn: „Was wollen denn die beiden Schwarzen hier?“ Doch der Mann, ein NPD-Stadtrat, erkannte mich: Er erinnerte sich daran, dass ich als Dolmetscher vor Gericht gearbeitet hatte.

So lud uns die NPD auf ein Gespräch ein. „Sie können auch Bier trinken oder Wurst essen“, sagten sie. „Sie sind unsere Gäste. Wir haben nichts gegen Ausländer.“ Natürlich war das nicht die Wahrheit. Aber ich kümmerte mich nicht darum, denn ich war hier, um mit den beiden ins Gespräch zu kommen.

Hinter uns standen Leibwächter, die den Stand bewachten. „Möchten Sie mit uns reden?“, fragte uns der Stadtrat. „Natürlich. Ich habe Redebedarf“, antwortete ich.

„Sind Sie als Flüchtlinge hergekommen?“

„Nein, ich bin als Student nach Dresden gezogen. Und mein Freund hier lebt seit über 40 Jahren in Deutschland.“

„Sehen Sie, das ist völlig in Ordnung. Wir haben etwas gegen Sozialschmarotzer, die nur nach Deutschland kommen, um hier Leistungen abzukassieren. Unsere Partei ist nicht gegen Integration. Aber die Ausländer sollen hier so leben wie die Deutschen. Wir sind nicht ausländerfeindlich, aber die NPD ist eben auch gegen Kriminelle, die illegal nach Deutschland kommen. Deswegen sagen wir: ‚Kriminelle Ausländer raus!‘“

„Naja, aber nicht jeder, der hier illegal nach Deutschland kommt, ist kriminell. Menschen haben Probleme, und manchmal sehen sie einfach keinen anderen Ausweg als diesen.“

Sein Gesprächsbedarf war aber gedeckt. Er schwieg und verabschiedete sich.